

Stand: 12.07.2025 09:30:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21955

"Steuern auf Steuern bei Kraftstoffen abschaffen - verminderten Umsatzsteuersatz einführen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21955 vom 29.03.2022
2. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 30.03.2022
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22986 des HA vom 27.04.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 31.05.2022
5. Beschluss des Plenums 18/23512 vom 30.06.2022
6. Plenarprotokoll Nr. 118 vom 30.06.2022



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

### **Steuern auf Steuern bei Kraftstoffen abschaffen – verminderten Umsatzsteuersatz einführen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für eine Abschaffung der Erhebung der Umsatzsteuer auf die Energiesteuer sowie auf die CO<sub>2</sub>-Abgaben bei Benzin- und Diesel-Kraftstoffen einzusetzen.

Des Weiteren wird sie aufgefordert, sich für den verminderten Umsatzsteuersatz von 7 Prozent auf Kraftstoffe einzusetzen.

#### **Begründung:**

Auf Kraftstoffe wie Benzin und Diesel wird die Energiesteuer erhoben. Seit dem Jahr 2003 ist der Energiesteueranteil nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz unverändert und beträgt für Benzin 65,45 Cent/Liter, für Diesel liegt der Steuersatz bei 47,04 Cent/Liter. Das ist eine große Einnahmequelle für den Staat. 2020 flossen 14,9 Mrd. Euro aus der Mineralölsteuer auf Benzin an den Staat und 19,6 Mrd. Euro aus der Mineralölsteuer auf Diesel. Der Steueranteil auf dem Benzin- und Dieselpreis betrug Anfang März in Bayern 57 bzw. 47,6 Prozent.<sup>1</sup>

Seit dem 1. Januar 2021 werden fossile Brennstoffe im Rahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung derzeit mit 30 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> belegt. Danach wird der Satz schrittweise auf bis zu 55 Euro im Jahr 2025 steigen.

Eine unmittelbar am CO<sub>2</sub>-Ausstoß anknüpfende weitere Steuer ist seit 2009 die Kraftfahrzeugsteuer. Sie bemisst sich an einem auf den Hubraum bezogenen Sockelbetrag als Mindestbesteuerung und einem linearen Steuersatz für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von mehr als 95 g CO<sub>2</sub> je Kilometer.<sup>2</sup>

In Deutschland gibt es noch einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent, der bei Grundbedarf wie den meisten Lebensmitteln angewendet wird. Angesichts der Belastungen der Bürger durch galoppierende Inflation muss der niedrigere Mehrwertsteuersatz auch für Kraftstoffe gelten. Die Abgabe wird auf den Endpreis (Summe aller Steuern vorab, Warenwert und Gewinnmarge) „aufgeschlagen“. Je höher die Kraftstoffpreise sind, desto mehr verdient der Staat hier mit. Der deutsche Staat hat durch die Erhebung von „Steuern auf Steuern“ bereits im Jahre 2016 gut 12 Mrd. Euro eingenommen.

Dabei handelt es sich um Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, die auf die besonderen Verbrauchsteuern bei Tabak, Sprit oder Bier erhoben werden. Laut WirtschaftsWoche

<sup>1</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wirtschaft/benzin-diesel-spritpreise-zusammensetzung-kosten-100.html>

<sup>2</sup> <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/2022-03-14-zu-sammensetzung-der-spritpreise.html>

ist diese Methode legal und entspricht dem EU-Recht. Allerdings gibt es auch Kritik an dieser Praxis von renommierten Steuerrechtlern. „Dass der Staat bei alltäglichen Produkten die Hand doppelt aufhält, ist unverschämt“, sagte Reiner Holznapel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, der WirtschaftsWoche. „Gerade Geringverdiener werden in Relation zu ihrem Einkommen stark belastet.“ Am stärksten wirkt sich der Steuer-auf-Steuer-Effekt bei den Autofahrern aus, ermittelte das Deutsche Steuerzahlerinstitut. Die Steuer auf die Energiesteuer bescherte dem Fiskus 7,6 Mrd. Euro.<sup>3</sup>

Aktuell kostet ein Liter Super E10 nach Angaben des ADAC im Durchschnitt 2,103 Euro, während Diesel (Stand Anfang März 2022) bei 2,15 Euro liegt. Würde die Mehrwertsteuer bei den aktuellen Spritpreisen von 19 auf sieben Prozent pro Liter Kraftstoff gesenkt, so würde das bei Benzin statt 34 Cent nur noch 14,0 Cent betragen. Der Preis würde auf unter zwei Euro sinken. Der Diesel würde mit der neuen Mehrwertsteuer ebenfalls 14 Cent preiswerter, also sich auch bei etwa zwei Euro einpendeln.

Der emeritierte Professor für Staatsrecht Karl Albrecht Schachtschneider schreibt zu dieser Problematik in der Festschrift für Wolfram Reiß (Veröffentlicht vom Verlag Dr. Otto Schmidt 2008) „Steuern auf Steuern – Umsatzbesteuerung der Mineralölsteuer“:

„Der Kraftstoffverbrauch wird zweifach versteuert, nämlich durch die Mineralölsteuer nach § 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, § 2 Energiesteuergesetz (EnergieStG), in welche die Öko-Steuer eingerechnet ist, und die Umsatzsteuer nach § 1 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz (UStG). Beide Steuern sind trotz unterschiedlicher Technik und auch unterschiedlicher Zwecke der Substanz nach Verbrauchsteuern. Die Umsatzsteuer wird nicht nur auf den Entgeltanteil des Kraftstoffs erhoben, welche der Kraftstoff-Industrie und den Kraftstoffhändlern zukommt, den Produktpreis oder Nettopreis, sondern auch auf den Mineralölsteueranteil einschließlich des Öko-Steueranteils, den der Staat vereinnahmt. Nur die Umsatzsteuer selbst wird von dem Entgelt als der Besteuerungsgrundlage abgezogen (§ 10 Abs. 1 Satz 2 UStG; Art. 11 Abs. 2 der 6. EG-Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern). Der Staat besteuert somit auch die Steuerzahlungen, welche er den Kraftstoffverbrauchern abverlangt, plakativ formuliert: Der Staat besteuert Steuerzahlungen. Wie jede Besteuerung muss der Staat auch diese Steuern vor seiner Verfassung und seinem Verfassungsgesetz, dem Grundgesetz, rechtfertigen können. Der Steuergesetzgeber hat kein Recht, ohne Sachgrund und maßlos Steuern vorzuschreiben. Das Grundgesetz enthält auch ein Steuerverfassungsrecht. Die allgemeinen Prinzipien des Rechtsstaates, die durch die Grundrechte und durch das Sozialprinzip geschützten Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, gelten auch für das Steuerrecht“.

Zum einen würde hier das Sachlichkeitsprinzip verletzt, zum anderen das Prinzip des rechten Maßes. Ferner bestehen laut Schachtschneider erhebliche Bedenken aus dem Leistungsfähigkeitsprinzip.

Beispiele aus den EU-Nachbarländern zeigen, dass Abgaben-/Steuersenkungen im Energie-Sektor sehr wohl umsetzbar sind:

Spanien hat die Gaspreise für Haushalte begrenzt, Italien hat Verbrauchern einen Teil der Energie-Rechnungen erlassen, Ungarn hat die Benzinpreise gedeckelt und Polen hat die Mehrwertsteuer auf Gas und Strom gesenkt.

Deutschland hat bereits jetzt mit die höchsten Benzinpreise in Europa. So betrug in der Kalenderwoche 12 der Preis für Benzin in Deutschland durchschnittlich 2,14 Euro pro Liter, während dieser in Polen mit 1,41 und Ungarn mit 1,28 Euro am günstigsten war.<sup>4</sup>

Die „doppelte Besteuerung“ von Kraftstoffen ist zutiefst unsozial, da sie ärmere Haushalte stärker als reichere belastet, weil die Armen einen größeren Anteil ihres Einkommens für Verkehr aufwenden als Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen. Viele Bürger benötigen ihren PKW, um täglich zur Arbeit zu kommen. In abgelegenen Regionen ist die Mobilität mit dem PKW besonders wichtig, da hier die öffentlichen Verkehrsmittel oftmals nur unzureichend zur Verfügung stehen. Statt die Pendler, die auf

<sup>3</sup> <https://www.wiwo.de/finanzen/steuern-recht/fiskus-kassiert-12-milliarden-euro-steuer-auf-steuern-steuerzahlerbund-geringverdiener-ueberproportional-belastet/19693326.html>

<sup>4</sup> <https://www.avd.de/kraftstoff/benzinpreise-in-europa/preise-fuer-superkraftstoff/>

das Auto angewiesen sind, zu entlasten, soll die Kfz-Mobilität nach dem Willen der Bundesregierung weiter verteuert werden. Auf Bundesebene wurde ein „Paket“ im Rahmen des Klimaschutzprogrammes 2030 aufgelegt, das die weitere Vertéuerung von Benzin und Diesel vorsieht.

Die Automobilindustrie – die Schlüsselindustrie für Bayern – ist derzeit dabei, in die Rezession abzugleiten. Die Politik befördert diese Entwicklung noch durch eine staatlich bedingte stetige Vertéuerung der Kraftstoffe. Dies hat die insgesamte Schwächung der Automobilindustrie in Deutschland und Bayern zur Folge. Um die bevorstehende Rezession abzumildern und möglichen Entlassungen zigtausender Arbeitnehmer vorzubeugen, ist eine umgehende Absenkung der auf die Kraftstoffe aufgeschlagenen Steuern unabdingbar.

Darüber hinaus gebe ich noch folgende Umbesetzungen der AfD-Fraktion bekannt: Hier ist der Abgeordnete Oskar Atzinger neues Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus.

Neues Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes ist der Abgeordnete Stefan Löw.

Der Abgeordnete Ralf Stadler ist neues Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz. Darüber hinaus wurde er von der AfD-Fraktion als neues Mitglied für den Landessportbeirat benannt anstelle des fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk.

Schließlich hat die AfD-Fraktion den Abgeordneten Oskar Atzinger als neues Mitglied für den Landesbeirat für Erwachsenenbildung benannt.

Ich wünsche allen vorab Genannten viel Erfolg und gutes Gelingen in ihren neuen Tätigkeitsfeldern.

(Aufgrund technischer Probleme wurde die Sitzung durch den Dritten Vizepräsidenten Alexander Hold vorübergehend unterbrochen. – Nachdem die technischen Probleme nicht kurzfristig behoben werden konnten, wurde die Sitzung durch den Sechsten Vizepräsidenten Dr. Wolfgang Heubisch geschlossen. Widerspruch durch die Fraktionen erhob sich nicht. Die noch offenen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/21954 mit 18/21959 wurden zuvor noch in die jeweils zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. – Schluss: 17:58 Uhr)



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Ulrich Singer,  
Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)**  
Drs. 18/21955

**Steuern auf Steuern bei Kraftstoffen abschaffen - verminderten Umsatzsteuer-  
satz einführen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Ferdinand Mang**  
Mitberichterstatter: **Gerald Pittner**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 135. Sitzung am 27. April 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: Ablehnung
  - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Josef Zellmeier**  
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, der Abgeordnete Sauter (fraktionslos), FDP und AfD. Stimmenthaltungen? – Abgeordneter Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Europaangelegenheit

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Martin Schöffel, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
 Subsidiarität  
 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien  
 COM(2022) 156 final  
 BR-Drs. 176/22  
 Drs. 18/22978, 18/23018

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Haus der Bayerischen Geschichte: Auf Eintritte verzichten – neue Besuchsgruppen erschließen  
Drs. 18/5748, 18/22915 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Kein XXL-Landtag in Bayern – Stimmkreisreform initiieren  
Drs. 18/18986, 18/22953 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

4. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Bemessungsgrundlage der Stimmkreisgrößen unverändert lassen  
Drs. 18/18987, 18/22954 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)  
Schutz des ungeborenen Lebens stärken I – Abtreibung kann kein Menschenrecht sein  
Drs. 18/20084, 18/22749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)  
Schutz des ungeborenen Lebens II –  
Keine Abschaffung des § 219a StGB  
Drs. 18/20085, 18/22750 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)  
Schutz des ungeborenen Lebens III – Streichung aller staatlichen  
Fördergelder für Organisationen, die Abtreibungen befürworten  
Drs. 18/20086, 18/22079 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD  
Faire Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
in Bayern – Auf- und Ausbau von speziellen Beratungsstellen für  
mobile Beschäftigte  
Drs. 18/21175, 18/22945 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



12. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Modellprojekt zur Umsetzung eines 365-Euro-Tickets für Alle im Großraum Nürnberg  
Drs. 18/21383, 18/22899 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)  
Bericht zum Drogenkonsum in Bayern  
Drs. 18/21500, 18/22889 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD  
Was hat die Staatsregierung im „Bayerischen Jahr der Jugend 2022“ alles vor?  
Drs. 18/21510, 18/22946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

15. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)  
Bayerische Wirtschaft vor grüner Inflation und Dirigismus schützen I: Kein Klimageld!  
Drs. 18/21518, 18/22900 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold, Klaus Adelt u.a. SPD  
Vorbereitungen für Geflüchtete aus der Ukraine treffen – Schnelles Handeln!  
Drs. 18/21520, 18/22751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Überregulierung der Vorschriften für neue Heizungsanlagen durch den Bund  
Drs. 18/21554, 18/22901 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Fachgespräch zu Diskriminierungen im Alltag  
Drs. 18/21593, 18/22947 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)  
Villa von Hans Albers der Öffentlichkeit zugänglich machen und museales Nutzungskonzept erarbeiten  
Drs. 18/21609, 18/22984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Bayerische Wirtschaft vor grüner Inflation und Dirigismus schützen II:  
Keine Klimaschutzverträge!  
Drs. 18/21624, 18/22902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)  
Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderung und des Landesbehindertenrates stärken  
Drs. 18/21647, 18/22948 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
In der Pandemie und darüber hinaus –  
Mütter unterstützen und entlasten  
Drs. 18/21693, 18/22949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU  
Zeitnahe bundesweite Biomassestrategie inklusive Umsetzungskonzept einfordern  
Drs. 18/21694, 18/22950 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Josef Zellmeier, Klaus Stöttner, Alexander König u.a. CSU  
Mehrwertsteuer in der Gastronomie dauerhaft senken und auch auf Getränke ausweiten  
Drs. 18/21697, 18/22983 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Stefan Löw, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)  
Krieg und Flucht in Europa – Kapazitäten für ukrainische Flüchtlinge schaffen!  
Drs. 18/21746, 18/22958 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)  
Schutz der deutschen Sprache: Verwendung der Gendersprache in Behörden und Einrichtungen des Freistaates untersagen  
Drs. 18/21749, 18/22959 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**





34. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD  
Sofortmaßnahmen zum Umgang mit Wölfen auf Landesebene umsetzen!  
Drs. 18/21826, 18/22715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kein zweites Aleppo: Kulturgutschutz für die überfallene Ukraine und UNESCO-Aufruf unterstützen  
Drs. 18/21827, 18/22917 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)  
Akademisches Sozialleben an den Hochschulen wieder neu beleben – Gesprächsrunde mit Studenten und Vertretern des Staatsministeriums ermöglichen!  
Drs. 18/21891, 18/22918 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Sustainable Finance – Nachhaltigkeit darf den Wohlstand, den sozialen Frieden und die nationale Sicherheit nicht gefährden  
Drs. 18/21954, 18/22985 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Steuern auf Steuern bei Kraftstoffen abschaffen –  
verminderten Umsatzsteuersatz einführen  
Drs. 18/21955, 18/22986 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)  
Ankündigungen für mehr Windkraft unverzüglich umsetzen!  
Drs. 18/21956, 18/22903 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)  
Konsequente Umsetzung der Rahmenbedingungen für die Errichtung von Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien durch den Bund einfordern  
Drs. 18/21957, 18/22904 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Uli Henkel, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Nie wieder Kontrollverlust – lückenlose Identifizierung von Flüchtlingen aus der Ukraine sicherstellen und illegale Trittbrett-Einwanderung sofort konsequent unterbinden  
Drs. 18/21958, 18/22961 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					
					<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Verpflegung in Kita, Schule & Co – wie viel davon ist bio, regional, saisonal?  
Drs. 18/22046, 18/22939 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					
					<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Freie und sichere Wege für Fuß- und Radverkehr – kommunale Verkehrsüberwachung stärken  
Drs. 18/22047, 18/22891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					
					<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)  
Globaler Plastikmüllproblematik begegnen!  
Innovative Forschungsansätze bewerten!  
Drs. 18/22072, 18/22967 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. SPD  
Umsetzung des EuGH-Urteils zur Abschiebehaft – Bayerisches Landesgesetz zur Regelung der Abschiebehaft auf den Weg bringen!  
Drs. 18/22093, 18/22963 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mehr Schutz für geflüchtete Frauen und Kinder aus der Ukraine nach der Ankunft in Bayern  
Drs. 18/22097, 18/22964 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



50. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD  
Psychosoziale Betreuung für Geflüchtete deutlich, unmittelbar und flächendeckend ausbauen  
Drs. 18/22208, 18/22966 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kulturstaat Bayern 2030 –  
Kulturpolitisches Landesentwicklungskonzept für den Freistaat  
Drs. 18/22218, 18/22919 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Für Umwelt und Klima –  
auch kommunalen landwirtschaftlichen Betrieben die Teilnahme am Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm ermöglichen  
Drs. 18/22219, 18/22942 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)  
Nutzhanfpotenziale stärker nutzen I: THC-Gehalt bei Nutzhanf anpassen  
Drs. 18/22223, 18/22943 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Tiertransporte auf hoher See verbieten  
Drs. 18/22227, 18/22970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)  
Bekanntmachung von Gesetzen künftig digital  
Drs. 18/22232, 18/22965 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Umweltwirkungen von Freiflächenphotovoltaik untersuchen  
Drs. 18/22276, 18/22975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Martin Schöffel, Josef Zellmeier, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU  
Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung beibehalten  
Drs. 18/22374, 18/22944 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Ralf Stadler, Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/21955, 18/22986

**Steuern auf Steuern bei Kraftstoffen abschaffen – verminderten Umsatzsteuersatz einführen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Ralf Stadler

Abg. Michael Hofmann

Abg. Tim Pargent

Abg. Gerald Pittner

Abg. Florian Ritter

Abg. Ulrich Singer

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Raimund Swoboda

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Ulrich Singer, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)**

**Steuern auf Steuern bei Kraftstoffen abschaffen - verminderten Umsatzsteuersatz einführen (Drs. 18/21955)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Stadler von der AfD, bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

**Ralf Stadler (AfD):** Habe die Ehre, Herr Vizepräsident! Werte Kollegen, durch die enorm gestiegene Inflationsrate kommen immer mehr Menschen an ihre finanziellen Grenzen, sagt VdK-Präsidentin Bentele. Besonders die Fahrt zur Tankstelle wird wegen der explodierenden Kraftstoffpreise für immer mehr Leute zum Horrortrip. Aber woher kommt denn der hohe Spritpreis? Am Rohöl alleine kann es doch nicht liegen. Der Preis für das Barrel war schon mal deutlich über 100 Dollar, und trotzdem war der Kraftstoff an der Tankstelle billiger als heute. Bereits 1998 forderten die GRÜNEN, dass der Benzinpreis auf 5 DM ansteigen soll – angeblich, um das Autofahren umweltfreundlicher zu machen. CDU/CSU und SPD müssen daran erinnert werden, dass sie genau wie die GRÜNEN das Tanken für den sogenannten Klimaschutz teurer machen wollten und das sogar beschlossen haben. Kanzler Scholz sagte 2021 sogar, dass er den momentanen Benzinpreis gar nicht kennt. Solche Herrschaften entscheiden über unsere Steuern und Abgaben und werden selber mit Elektro-Bonzenschlitten zum Termin chauffiert, finanziert von den Steuerzahlern, die jeden Tag auf ihr Verbrennerauto angewiesen sind.

Die aktuellen Spritpreise sind in Europa fast nirgends so hoch wie bei uns. Wissen Sie, wie sich der Benzinpreis zusammensetzt? – Auf Kraftstoffe wird die Energiesteuer – früher Mineralölsteuer – erhoben. Diese beträgt zurzeit für Benzin 65,45 Cent pro Liter. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird sogar doppelt besteuert, nämlich durch die Kraftfahrzeugsteuer, die an den CO<sub>2</sub>-Ausstoß gekoppelt ist. Seit 2021 werden fossile Brennstoffe zusätzlich wieder im Rahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit 7 bis 8 Cent pro Liter belegt. Dann kommt auch noch die sogenannte Erdölbevorratungsabgabe dazu, und auf den Nettoverkaufspreis von Kraftstoffen fällt zudem die Mehrwertsteuer an, die mit den steigenden Nettopreisen immer weiter zunimmt.

Vor dem sogenannten Tankrabatt entfielen mehr als die Hälfte auf Steuern und Abgaben, nämlich insgesamt 1,08 Euro – bei einem Verkaufspreis von 2,10 Euro pro Liter Super. 2020 flossen sage und schreibe 34,5 Milliarden Euro aus der Mineralölsteuer an den Staat. Die EU räumt neuerdings die Möglichkeit ein, die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel drastisch zu senken, und zwar auf 0 %. Das sollte auch für Spritpreise möglich sein.

Spanien hat die Gaspreise begrenzt. Italien hat Verbrauchern einen Teil der Energierechnungen erlassen. Ungarn hat die Benzinpreise gedeckelt. Polen hat die Mehrwertsteuer auf Gas und Strom gesenkt. – Und was macht unsere Regierung? – Die zeitweilige Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe, der sogenannte Tankrabatt, ist inzwischen fast wirkungslos verpufft. Kann man das Nachhaltigkeit nennen?

Als Gipfel erhebt dieser Staat auch noch Steuern auf Steuern, nämlich Umsatzsteuer auf CO<sub>2</sub>-Steuer und Energiesteuer. Angesehene Steuerrechtler halten diese Vorgehensweise für unvereinbar mit den Prinzipien des Rechtsstaats. Die doppelte Besteuerung von Kraftstoffen ist unsozial. Denken Sie mal bitte darüber nach, was Sie den Bürgern, von denen Sie als Volksvertreter in dieses Parlament gewählt worden sind, alles zumuten, und stimmen Sie bitte schön unserem Antrag zur Entlastung der Steuerzahler zu.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist der Kollege Michael Hofmann von der CSU-Fraktion.

**Michael Hofmann (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vertreter des ländlichen Raums ist es mir ein außerordentliches Bedürfnis, aufgrund dieser gestiegenen Energiepreise hier eine Lanze für den ländlichen Raum zu brechen, damit dort Leben nach wie vor möglich ist. Es ist allgemein anerkannt, dass wir eine Entlastung bei den Energiepreisen brauchen. Die Parteien machen hier die unterschiedlichsten Vorschläge. Die Bayerische Staatsregierung hat bereits Anfang März einen entsprechenden Antrag zusammen mit Nordrhein-Westfalen im Bundesrat eingebracht, dass wir die Steuersätze, sowohl was die Energiesteuer angeht als auch was weitere Steuern wie die Stromsteuer usw. angeht, so weit herunterzusetzen, wie es europarechtlich erlaubt ist.

Die AfD stellt heute einen Antrag, der voraussetzen würde, dass wir die Mehrwertsteuerrichtlinie auf europäischer Ebene ändern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das führt definitiv nicht zu einer schnellen Entlastung. Jeder kann sich vorstellen, wie lange es dauern würde, diese Richtlinie zu ändern. Wir brauchen hier eine schnelle Entlastung. Für diese Richtlinie braucht es auch Einigkeit.

Das ist ein Dringlichkeitsantrag der AfD, der angeblich so wichtig ist. Wenn ich mich hier so umschaue: Ganze drei Kollegen hören sich ihren eigenen Dringlichkeitsantrag noch an. Das ist eine Zumutung, was Sie hier in der Zwischenzeit betreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Wo sind denn jetzt all die Kollegen, die offensichtlich der Meinung sind, dass sie Vertreter des ländlichen Raums sein müssten und uns hier mit einem Antrag belasten, von dem Sie genau wissen – wir haben ihn im Ausschuss schon beraten –, dass er

keine Chance auf Zustimmung hat? Das ist außerordentlich ärgerlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben uns in dem Zusammenhang nichts vorwerfen zu lassen. Wir haben im Übrigen, weil sich dieser Antrag allein auf die Spritpreise bezieht, noch zusätzlich darauf hingewiesen, dass wir eine Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer brauchen. Wir brauchen eine Erhöhung der Pendlerpauschale, und wir brauchen im Übrigen auch eine Dynamisierung der Pendlerpauschale. All das haben wir schon gefordert. Wir gehen noch weiter: Wir brauchen eine inflationsbereinigte Progression bei den Steuersätzen. Das kommt allen zugute. Wir verengen den Blick nicht auf die Steuersätze und auf die Spritpreise, sondern wir machen den Blick weit, und wir haben vor allem einen Blick dafür, was möglich ist und was nicht möglich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Verständnis. Ich halte es für wesentlich sinnvoller, mit den Bürgerinnen und Bürgern in meinem Stimmkreis zu reden als hier im Plenum zu einem AfD-Antrag. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Kollege Tim Pargent von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist mal wieder ein reiner Schaufensterantrag der AfD-Fraktion. Wenn man ehrlich ist, ist es eher ein YouTube-Antrag, weil die Rede dafür gemacht ist. Für Sie und Ihr eigenes Interesse kann es nicht gewesen sein, weil kaum jemand von Ihnen da ist. Aber ich kann es auch verstehen, dass Sie noch einen Antrag hochziehen mussten, den Sie dann bei YouTube einstellen; denn Ihre bisherigen Reden beim heutigen Plenartag würde ich nicht auf YouTube einstellen. Wenn Sie das mit der heutigen Rede machen wollen, kann ich nur sagen: Der Antrag hat es inhaltlich nicht wirklich verdient.

Aber schauen wir mal rein: Das ist reine Flickschusterei, die Sie hier im Steuerbereich betreiben. Ich würde das steuersystematischen Wahnsinn nennen, nur das Thema Sprit herauszugreifen und da verschiedene Verrenkungen zu machen. Noch dazu arbeiten Sie sich im Hintergrund eigentlich am Thema CO<sub>2</sub>-Preis ab, weil Sie den menschengemachten Klimawandel, die Klimakrise dermaßen leugnen.

Da kann ich dann nur sagen: Diesen Antrag können wir nur aus voller Überzeugung ablehnen. Da Sie selber das als Fraktion kaum interessiert, was hier noch abläuft, können wir es kurz machen: Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Kollege Gerald Pittner von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Gerald Pittner (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es schon im Haushaltsausschuss gesagt: Der Antrag ist reiner Populismus. Man sucht sich ein paar Punkte aus. Klar, die Mineralöl-, Benzin- und Dieselsteuern sind zu hoch. Damals im März war es ein bitterer Aufschlag. Die Preise haben weiter zugelegt. Man muss dringend was tun – aber bitte nicht so. Hier werden steuerrechtliche Regelungen einfach durchgemischt ohne Sinn und Ziel, in der Hoffnung, dass man damit bei der Bevölkerung punktet.

Auch wenn es uns nicht passt: Preise haben auch eine gewisse Signalwirkung. Man muss ganz klar sagen: Der Verbraucher muss wissen, dass er sparen muss, weil es teuer ist, weil der Nachschub fehlt, aus welchen Gründen auch immer. Das kann uns passen oder nicht. Natürlich muss der Staat etwas machen. Aber wenn er etwas tut, dann muss er es mit Sinn und Ziel tun und die Gruppen stärken, die massiv betroffen sind und nicht ausweichen können, gerade im ländlichen Raum, gerade beim Pendler mit der Entfernungspauschale. Der Kollege hat es gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Der Antrag ist auf jeden Fall nicht besser geworden in den drei Monaten, die ins Land gegangen sind, seit er im Haushaltsausschuss war. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir nicht mehr dazu zu sagen brauchen, auch wenn ihr inzwischen zu viert seid. Aber deswegen ist es auch nicht besser.

(Franz Bergmüller (AfD): In der Früh wart ihr auch nicht mehr!)

Wir lehnen den Antrag ab. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

**Florian Ritter (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Zweck des ermäßigten Steuersatzes ist eigentlich die Sicherstellung des Existenzminimums und die Sicherstellung der erschwinglichen Grundversorgung. Man muss sich jetzt allerdings ins Gedächtnis rufen, dass mehr als 50 % des Kraftstoffverbrauchs nicht durch Privatleute erfolgt, sondern durch Großverbraucher. Die AfD-Fraktion macht mit dem Antrag nichts anderes, als die eh schon problematischen und in den letzten Jahren noch problematischer gewordenen Regelungen zum ermäßigten Steuersatz völlig ad absurdum zu führen. Anstatt tatsächlich die Endverbraucher zu entlasten, macht die AfD-Fraktion eine Steuerregelung zum Steuersparmodell für industrielle Großverbraucher.

Es gäbe natürlich Instrumente, über die man genau die Endverbraucher entlasten kann. Da muss man jetzt nicht unbedingt die Position der CSU-Fraktion teilen, aber die Entfernungspauschale ist das Instrument, über das wir reden. Energiegeld ist das Instrument, über das wir reden, wenn wir die Endverbraucher erreichen wollen.

Kurz und gut: Der Antrag ist steuerrechtlich weder sach- noch fachgerecht. Er ist eine unnötige Subvention für Großverbraucher. Er wird den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht, weil auch Leute, die keinen Verbren-

ner zu Hause stehen haben, von hohen Energiepreisen gebeutelt sind und Entlastung brauchen. Daher lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Ritter, es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Singer von der AfD-Fraktion. Herr Singer.

**Ulrich Singer (AfD):** Herr Kollege Ritter, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie haben moniert, dass durch unseren Antrag die industriellen Großverbraucher auch entlastet werden. Glauben Sie denn nicht, dass das einen großen, vorteilhaften Effekt hätte, wenn die Großverbraucher entlastet sind, also die Industrie entlastet ist? Das führt doch dazu, dass deren Beschaffungs- und Herstellungskosten sinken, sodass das am Schluss eine Auswirkung hat, indem die Produkte wieder günstiger auf den Markt kommen. Wir haben es momentan mit einem Inflationshammer zu tun, den sich die ganze letzte Generation nicht vorstellen konnte. Wir haben so etwas in den letzten 40 Jahren nicht gehabt. Der Antrag ist ein Beitrag, um die Kosten auch für die Industrie zu senken, und damit auch ein Beitrag, um diesen Inflationshammer abzumildern. Davon hat am Schluss wiederum der Verbraucher etwas.

**Florian Ritter (SPD):** Da sieht man mal wieder, dass Ihre wirtschaftspolitischen Kenntnisse mehr Ideologie als Realität sind. Nur weil die Spritpreise für die Großverbraucher zurückgehen würden, heißt das noch lange nicht, dass das bei den Endverbrauchern ankommt.

(Ulrich Singer (AfD): Natürlich!)

Das ist die eine Sache. Die zweite ist: Wenn es Branchen gibt, die besonders gebeutelt sind und Probleme auf dem Markt bekommen, dann muss man sich diese konkret anschauen und die Branchen stützen. Das machen wir zum Teil schon wie in bestimmten Bereichen der Landwirtschaft. Sie aber nehmen die Gießkanne und schütten drüber. Das ist nicht sachgerecht.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion.

**Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte es kurz und knapp halten: Der Antrag ist ziemlich populistisch und kommt scheinbar in einem sachlichen Design daher. Wenn man sich den Antrag näher anschaut, dann sieht man, welcher sachliche Unsinn enthalten ist. Ich möchte zwei Punkte herausgreifen: Einerseits ist die Rede von Steuern auf Steuern. Das ist eigentlich der Hauptantrag. Die Begründung beschäftigt sich nur zur Hälfte mit diesem Thema. In der anderen Hälfte der Begründung ist die Rede von der Umsatzsteuer. In Ihrem mündlichen Vortrag haben Sie zwei Sätze zum Hauptanliegen des Antrags gesagt.

Wir haben oft genug über das Thema Umsatzsteuer und deren Höhe im Hohen Haus diskutiert. Vertreter und Vertreterinnen mehrerer Fraktionen haben aufgezeigt, wo hinsichtlich des EU-Rechts die Grenzen liegen. Auch bei diesem Thema stoßen wir an die Grenzen des EU-Rechts. Die Absenkung der Energiesteuer erfolgte auf das zulässige Minimum.

Sie haben doch noch ein paar Leute im Europarlament sitzen. Zu Europa haben Sie keine besondere Beziehung, das weiß ich, aber Sie haben trotzdem dort ein paar Leute sitzen. Haben Sie dort einmal einen Versuch unternommen, das EU-Recht in Bezug auf die Umsatzsteuer zu ändern? Ich habe auf Anhieb nichts gefunden. Ich muss aber auch zugeben, dass ich nicht allzu lange gesucht habe.

(Franz Bergmüller (AfD): Ja, eben!)

In der Begründung steht noch, um möglichen Entlassungen Zigtausender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorzubeugen, ist eine umgehende Absenkung der auf die Kraftstoffe aufgeschlagenen Steuern unabdingbar. Wir sind von der Regierungskoali-

tion einiges gewohnt hinsichtlich Panikmache während der Corona-Pandemie. Aber das übertrifft das noch bei Weitem.

Insgesamt muss man sagen, dass der Antrag fachlich daneben ist und fachlich auch an die falsche Stelle adressiert ist. Ich kann nur sagen: Sie haben mir wieder ein Stück Lebenszeit geklaut.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Hohes Haus, verehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es bald geschafft. Zum Schluss komme ich wieder einmal mit einem Redebeitrag. Erstens zeigt die AfD mit diesem Dringlichkeitsantrag, wie nahe sie den Interessen des bundesdeutschen Staatsbürgervolkes ist. Zweitens zeigt der Antrag, wie weit sich die Abgeordneten der anderen Parteien – das sind also Sie – von Ihrem Auftraggeber, dem multiethnischen Staatsbürgervolk, entfernt haben. Drittens zeigt der Antrag, wie skrupellos sich der Staat am Bürger ausbeuterisch bereichert. Das wird besonders deutlich, wenn man die Steuer- und Abgabenbilanz des Bürgers sozial kategorisiert bereinigt betrachtet. Ich habe das wiederholt im Parlament getan, zuletzt am 31.05.2022.

Das Thema hat Grundsatzcharakter und ist nicht nur auf die Besteuerung der Kraftstoffe begrenzt. Der Vorredner hat bereits genannt, dass Mehrfachbesteuerung vorliegt, wenn das Steuerobjekt mehrfach, also additiv oder kumulativ, besteuert wird. Bei Kraftstoffen ist das nach dem Empfinden der Bürger gegeben, weil neben der Energie- oder Mineralölsteuer auch CO<sub>2</sub>-Steuer und obendrauf noch die Mehrwertsteuer erhoben werden, was zu einem Progressionseffekt führt. Warum der Staat ohne einen für den Steuerpflichtigen erkennbaren Sachgrund Steuer auf Steuern überhaupt erhebt, wurde heute ebenfalls wieder nicht erklärt. Vielleicht wissen Sie das selber nicht. In vielen EU-Staaten hat man die aktuell prekäre Lage der Menschen erkannt und Ent-

lastung geschaffen. Das sieht man an den dortigen Spritpreisen; nicht so bei uns in der Bundesrepublik. Hier wurden mit der befristeten Reduzierung der Mineralölsteuer die Gewinne der Mineralölkonzerne langfristig gesteigert. Dazu könnte man sagen: Dumm gelaufen. – Nein, dummlich gemacht.

Sie alle haben heute die Diskussion darüber verweigert.

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Raimund Swoboda (fraktionslos):** Dann höre ich auch auf. – Das war heute bei Ihnen keine Sternstunde.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bei Ihnen auch nicht!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Das sind die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Bayerbach (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir haben den Tagesordnungspunkt 9 abgearbeitet und sind damit am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Es ist zwar noch etwas Sitzungszeit übrig, aber ich gehe von Ihrem Einvernehmen aus, dass ich die Sitzung dennoch beenden kann. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend.

(Schluss: 17:37 Uhr)